

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.

Die Redaction eingeleiteter Anzeigen
kann nicht für die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.

Zu den Anzeigen für Anzeigen:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Königsplatz, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,200.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.,
incl. Frangiraten 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 20 Rthl.
mit Postbefreiung 48 Rthl.
Inserate 5 gepf. Zeilen 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Labelschrift
auch nach beliebigem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsdruck
die Spalten 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Adressen sind nicht
geben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachschuß.

№ 125.

Freitag den 9. April 1880.

74. Jahrgang.

Der Verfasser eines unter dem 10. März 1880 von hier an den Hausbesitzer Johann August Radig
aus Reudnitz, damals in Cölog, gerichteten, mit Otto G. unterzeichneten Briefes wird hiermit öffentlich ge-
sehen, zu seiner Vernehmung als Zeuge in einer hier gegen genannten Radig anhängigen Erörterungs-
sache unerschrocken und spätehend am

12. April 1880 3 Uhr Nachmittags
an unterzeichneter Bureaustelle zu erscheinen oder seinen rechtmässigen Aufenthaltort und Namen anher
anzugeben.
Leipzig, am 6. April 1880.

Die königliche Staatsanwaltschaft.
J. H. Fischer, Adv.

Das
Königliche Gymnasium zu Leipzig
am Montag, den 12. April, Mittags 1 Uhr, durch einen in der Aula des Gymnasiums abzuhaltenden
Königlichen Beamten.
Zu dieser Feier laden wir die Gönner und Freunde der Anstalt, insbesondere die Eltern der Schüler
ergebenst ein.
Leipzig, am 7. April 1880.

Das Lehrercollgium.
Richard Richter, Rector.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die geringe Breite der Colonnadenstraße in der Strecke von dem Dorothienplatz
bis zur Alexanderstraße und zur Befreiung der daselbst häufig vorkommenden Verkehrshindernisse verord-
nen wir hiermit, daß nur in einer Richtung und zwar in der Richtung vom Dorothienplatz nach der Alexan-
derstraße die dort verkehrenden Fahrzeuge bestimmter Fuhrwerke aller Art befahren
werden darf und daß alle nach jenem Theile der Colonnadenstraße bestimmten Fuhrwerke nur vom Dor-
thienplatz aus einzufahren und nach der Alexanderstraße oder dem Dorothienplatz auszufahren haben.
Zusammenzufahrende haben die Colonnadenstraße bis zu 60 A oder entsprechende Maß zu gewärtigen.
Leipzig, den 1. April 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Richter.

Gewölbervermietung.

In dem Universitäts-Grundstücke, Universitätsstraße Nr. 17, soll das größere Verkauflocal nebst
Schreibstube, Küche nach dem Hofe und einem Nebenraume vom 1. October 1880 ab auf sechs Jahre
im Wege der Vocation, jedoch mit Vorbehalt der Kündigung unter den Bietern, anderweit vermietet werden.
Bietenscheine werden ertheilt, sich

Sonnabend, den 17. April d. J., Vormittags 11 Uhr
im Universitäts-Rentamt (Vorder-Paulinum, Nordflügel, 1. Etage) einzufinden und ihre Gebote abzugeben.
Die Vocationsbedingungen liegen im Rentamt zur Einsicht aus.
Leipzig, am 6. April 1880.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Die Kanzlerkrise.

Noch immer sind die Zeitungen nur mit Rath-
sagen über die eigentliche Veranlassung und
die etwaige Tragweite des Entlassungsgesuchs,
welches Fürst Bismarck seinem kaiserlichen Herrn
eingereicht hat, angefüllt; in dem einen Punkte
stimmen indessen alle überein, daß der Kaiser dem
Gesuche unbedingt die Gewährung verweigern und
der Kanzler nach wie vor auf seinem Posten ver-
bleiben werde. Da es nicht ohne Interesse sein
dürfte, eine Rundschau über die Ansichten der ver-
schiedenen Press-Organen abzuhalten, so geben wir
in Nachstehendem eine Reihe von Auszügen aus
denselben.

Die „Königliche Zeitung“ sagt:
Es ist durchaus nicht notwendig, bei dem Ent-
lassungsgesuche des Reichskanzlers an andere Beweg-
gründe zu denken, welche derselbe etwa gehabt haben
könnte, als diejenigen, welche in der offiziellen Mit-
theilung angegeben sind, nämlich die Bestimmung der
Verfassung über die Zusammenfassung des Bundes-
raths, durch welche es möglich ist, daß die drei größ-
ten Bundesstaaten mit 33 1/2 Millionen Einwohnern
durch die kleineren Staaten mit 7 1/2 Millionen Be-
wohner majorisirt werden. Diese Thatsache ist bei
Berathung der Cultusminister im Bundesrath her-
vorgehoben, und nicht wegen der geringfügigen
Kündigung an der Cultusminister, sondern
wegen der dabei in Kraft gekommenen unhalt-
baren Bestimmung der deutschen Reichs-
verfassung hat Bismarck jenen Schritt gethan. Was
die Cultusminister angeht, kann sich leicht bei
einer wichtigeren Frage wiederholen. Kurzschickheit
oder Unredlichkeit kann behauptet werden, Bismarck
vertrage es nicht, daß Preußen im Bundesrath
überstimmt werde. Bismarck hat das im Gegentheil
widerlegt. Aber als Deutscher und Reichs-
kanzler kann er Bismarck in der That nicht für an-
gemessen halten, daß die Vertreter eines künftigen
deutschen Volkes im Bundesrath die abri-
sen vier Fünftel überstimmen. Das unmöglich zu
machen ist kein preussisches, sondern in hervorragender
Weise ein deutsches, ein Reichsinteresse. Nie-
mand wird das und den thatsächlich bestehenden
Verhältnissen nicht widersprechen, wenn man
allein dem Kaiser vorläufig nicht angenommen
wäre, die vom Kaiser vorläufig nicht angenommen
wäre, ist bedingt und veranlaßt worden durch eine
Unzulässigkeit der Reichsverfassung. Sein Gesuch
wird hinsichtlich werden, wenn der Kaiser ihm die Er-
mächtigung ertheilen wird, zur Begründung dieser
Unzulässigkeit zu schreiben. Im Interesse des
Reiches, nicht Preußens, liegt, was der Kanzler
nach seinem kaiserlichen Herrn begehrt, und wir
wären darum wohl, daß er es erlangen wird.

Angleich macht das große rheinische Blatt einen
Vorschlag zur Abänderung der „Minnatur“ der Ver-
fassung-Bestimmung in folgender Weise:

Der nächstliegende Weg wäre der, die Stimmenzahl
nach der Bevölkerung der Bundes-
staaten zu vertheilen. Ein bei Betrachtung der kaiser-
lichen Tabelle sich einwirkendes aufdrängendes Mittel
hierauf bestünde darin, den Bundesstaaten unter 100,000
Einwohnern eine beratende Stimme zu belassen,
aber nur eine halbe beschließende Stimme zu
verleihen. Oder ist es nicht höchst sonderbar, daß
Sachsen mit 33,000 Einwohnern eine ganze

Stimme im Bundesrath hat und also dasselbe Ge-
wicht in die Waagschale wirft wie Oldenburg mit rund
320,000 Einwohnern? Wenn also Mecklenburg-
Strelitz, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-
Sondershausen, Waldeck, die beiden Reuß, Schaumburg-
Lippe und endlich Lübeck hat je einer ganzen nur
je eine halbe beschließende Stimme im Bundesrath
erhalten, was gemäß eine Billigkeit im Verhältnis zu
ihrer Einwohnerzahl wäre, so fände die Zahl der
Stimmen im Bundesrath von 58 auf 54; die Hälfte
beträge 27; das Präsidium gäbe die Gleichheit den
Kaiserschlus und ein Voll, wie der jetzt vorkommende,
könnte nicht mehr vorkommen, da sie eben über die
Hälfte der Stimmen verfügen. Das Verhältnis wäre
auch dann noch ein ungerechtes, da 33 1/2 Millionen
mit nur gleich vielen Stimmen vertreten würden wie
7 1/2; aber die schreiendste Folge des Verhältnisses,
wie sie jetzt praktisch hervorgerufen ist, wäre doch be-
seitigt.

Die Berliner „National-Zeitung“ befreit
sich noch immer einer bemerkenswerthen Zurückhal-
tung. Sie meint u. A.:

Von gewisser Seite ist man geneigt, aus dem un-
tergeordneten Charakter des Anlasses die Folgerung
zu ziehen, daß noch andere und schwerer wie-
gende Motive mitgewirkt haben und es nur der
leichte Anstoß war, welcher von dem Bundesrath-
schlus und den begleitenden Umständen ausging.
Der Reichskanzler hat in den letzten Zeiten wieder-
holt davon gesprochen, daß er der Geschäfte müde
sei, daß er den dringenden Wunsch habe, sich davon
zurückzuziehen, unangenehme Nachrichten über seinen
Gesundheitszustand werden vielfach verbreitet, und
es liegt sehr nahe, daß seine nächsten Angehörigen
die Erhaltung und Befestigung der so theuren Gesund-
heit des Reichskanzlers vor Allem im Auge haben und
jeden Schritt begünstigen, der seine Anstrengungen
auf das geringste Maß zurückführt. — Die Geschichte
der Abtönung im Bundesrath, um die es sich zu-
nächst handelt, ist noch nicht vollständig aufgearbeitet.
Bei der Abtönung im Plenum, wo allerdings die
mehr als die Hälfte der Stimmen mehr gezählt sind
worden, entwickelte der preussische Finanzminister sehr
objectiv die Gründe für die Werberstellung der
Vorlage. Der Vertreter des Reichskanzlers sprach
sich namentlich für die Anwendung der Cultus-
minister auf die Post-Anweisungen aus, der Vertreter
der Post erklärte sich aus technischen Gründen da-
gegen und wurde namentlich von Württemberg
darin secundirt. Die Bundesrathmitglieder, welche
mit Substitutionsvollmacht andere Staaten ver-
traten, marschirten mit gebundener Marschroute,
da sie ihren Instruktionen nachkommen mußten.
Im Hintergrund der Angelegenheit glaubt man die
Stellung zu erkennen, die der württembergische Mi-
nister Herr von Mittnacht gegen weitere Steuer-
projecte einnimmt. Die Zustimmung des Reichstages
zu der Cultusminister überhaupt ist übrigens mehr
als zweifelhaft. Die Mehrheit, vorherrschend aus den
kleinen Staaten bestehend, wäre, das ist über
allen Zweifel erhaben, nicht zu Stande gekommen,
hätten diese Staaten von ihre Vertreter auch nur
eine bloße Abnung von dem Gewicht gehabt, welches
der Reichskanzler auf die Annahme der Regierungsvor-
lage legt. Dieser Wegweiser ist den kleinen Staaten
eben nicht gesteckt worden, sie sollten ihren Weg er-
rathen und haben ihn gründlich verfehlt. Wir sind
übrigens überzeugt, daß sie im Augenblick keinen
brennenderen Wunsch hegen, als schleunigst die Gründe

zu finden, auf der sie auf den rechten Weg gelangen
können.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über
die Vorgänge im Bundesrath u. s. w. Folgendes:

Württemberg beantragte, die Postanweisungen und
Postvorschuß-Sendungen von der Cultusminister zu
befreien. Für diesen Antrag plaidirten ausfallender
Weise die Commisarien des Generalpostamts im
Widerspruch mit den preussischen Stimmen und
der Auffassung der Reichsregierung, so daß zweierlei
Anschauungen innerhalb der Reichsbehörden zum
Ausdruck kamen. Nicht nur die Opposition,
welche die Kleinstaaten unter Führung Württem-
bergs gegen Preußen, Bayern und Sachsen machten,
sondern vornehmlich die sich widersprechenden
Plaidoyers der Reichsbehörden haben den Reichskanzler
so aufgebracht, daß derselbe sich zur Einreichung seines
Demissionsgesuches veranlaßt sah. Darüber besteht
allerseits kein Zweifel, daß noch andere Gründe,
die mit der Organisation des Bundesraths, oder, wie
Andere behaupten, mit der auswärtigen Politik zu-
sammenhängen, den Kanzler zu dem übereilenden
Schritt veranlaßt haben. In allen Fractionen des
Reichstages herrscht darüber nur eine Stimme, daß
das Gesuch des Reichskanzlers abgelehnt werden
wird. Gerüchtheilweise verlautet, daß das Demissions-
Gesuch des Reichskanzlers den Rücktritt eines
hohen Reichsbeamten zur Folge haben dürfte.

Hiemlich leicht nimmt die Sache ein Berliner
Correspondent der „Magdeburgischen Zei-
tung“, wenn er schreibt:

Eine Verhinderung des Reichskanzlers gegen den
Bundesrath ist älteren Datums, und die durch Sub-
stitutionen erfolgte Majorisirung Preußens, Bayerns
und Sachsens, jumeist aber der Umstand, daß der
Vertreter des Reichskanzlers (es heißt: der neuernannte
Director Fischer) und der Chef des Reichsamts des
Innern gegen einander bezüglich der Steuerfreiheit für
Postschiffe u. s. m. stimmten, kamen hinzu, um die Erregung
des Reichskanzlers zu steigern. Man sagt, der ohnehin
angeregte Zustand des Kanzlers habe sich durch
den Bericht aus der Sonnabend-Sitzung und die da-
mit verbundene Erregung verschlimmert, und der
Kanzler sich deshalb auch entschlossen, seinen leidenden
Zustand als Entlassungsgesuch zu betonen. In-
zwischen nimmt Niemand das Gesuch ernsthaft;
Jedermann glaubt an einen schnellen Ausgleich,
allein man vermuthet, die Folge des ganzen Vor-
alles möchte eine Abänderung der Geschäfts-
ordnung des Bundesraths dahin zur Folge haben,
daß die Substitutionen beschränkt werden oder
ganz in Fortfall kommen, so daß nur jene Staaten
stimmen können, deren Vertreter bei der Abstimmung
zugesen sind. (?) Steht es doch fest, daß eine ganze
Reihe von Staaten während dieser ganzen Session
in keiner einzigen Sitzung vertreten waren. An eine
beabsichtigte Verchiebung des Stimmenverhältnisses
im Wege einer Abänderung der Verfassung will man
nicht glauben, weil einer solchen zu viele Schwie-
rigkeiten entgegenzutreten würden. Alle Welt beglück-
wünscht die Ueberzeugung, daß der Sturm in wenigen Tagen
beisitzlich sein und Alles wieder im alten Geleise
sich befinden wird.

Die „Weser-Zeitung“ spricht sich in einem
leitartikul dazu aus:

Preußen und sein stimmungsführender Minister könn-
ten im Bundesrath majorisirt werden, aber sie
dürfen nur majorisirt werden in Fragen, auf die

nicht viel ankommt. Dieser Satz glauben wir, ist
immer stillschweigend als notwendige Ergänzung der
gesprochenen Verfassung von allen praktischen Poli-
tikern, auch von allen Regierungen anerkannt wor-
den. . . Der Reichskanzler hat, wenn auch nicht
den Worten, so doch dem Sinne nach, erklärt, daß er
mit diesem Bundesrath nicht weiter zu regieren
vermöge, mit einem Bundesrath nämlich, welcher
sich für berechtigt hält, in Fragen, die sich nicht als
Cabinetfragen darstellen, in Angelegenheiten unter-
geordneten Ranges, in der Beurtheilung neu ein-
zuführender Stempelabgaben oder stillschweigen-
d vorzuziehen als das Präsidium. Wenn der so gestellte
Conflict auf die Spitze getrieben würde, so bliebe
natürlich nichts Anderes übrig, als entweder
der Rücktritt des Reichskanzlers oder die Auf-
hebung derjenigen Berechtigung des Bundesraths,
von welcher derselbe am Sonnabend Gebrauch ge-
macht hat, als er beschloß, von Postanweisungen keinen
Cultusminister zu erheben. Ob diese Aufhebung
durch förmliche Verfassungsänderung oder stillschweigen-
d durch Widerrufung des antönligen Beschlusses
geschähe, würde an der Sache wenig ändern; in beiden
Fällen würden die Unitarier mit der Lösung wohl
zufrieden sein können. Es ist aber keineswegs aus-
gemacht, daß der Conflict wirklich auf die Spitze ge-
trieben werden wird; wir für unseren Theil glauben
nicht daran, wenn wir auch nicht angeben können,
wie er vernebt werden wird.

Interessant ist es, auch ein angesehenes Wiener
Blatt zu vernahmen. Die „Neue Freie Presse“
ist der Ansicht, daß das Entlassungsgesuch des
Kanzlers ganz anderen, hochwichtigen Beweggründen
zuzuschreiben sei. Sie sagt:

Je mehr wir darüber nachdenken, desto unwar-
scheinlicher dünkt es uns, daß der deutsche Reichs-
kanzler wegen der Abstimmung im Bundesrath seine
Entlassung verlange. Wir brauchen nicht lange zu
suchen, um die wahren Gründe zu errathen. Seit
acht Tagen weht in Berlin, was die Presse be-
trifft, ein entschieden russischer Wind. Die alte
Liebe der Hohenzollern für Rußland ist neuerdings
erwacht, und es werden offenbar von der russen-
freundlichen Partei am preussischen Hofe die größten
Anstrengungen gemacht, um das Band der süßen
Eintracht zwischen Deutschland und Rußland, das
Bismarck entgegen geschritten, mit der Hand der
Intrigue wieder zusammenzuführen. Dem Fürsten
Bismarck, der durch die Gründung des deutsch-öster-
reichischen Bündnisses einen so entscheidenden Schatz
gegen Rußland gethan, kann diese ruffreundliche
Stimmung nur unangenehm und störend sein. Sie
durchkreuzt seine Pläne, sie hemmt seine Politik. Er
leidet abermals unter einer jener „Frictionen“, über
die er seinen Vertrauten gegenüber so oft klagt. Er
fühlt die Nothwendigkeit, dem Schwanken und Wandern
an höchster Stelle ein Ende zu machen, und er fordert
seine Entlassung, indem er die Abstimmung im Bun-
desrath als willkommenen Vorwand benützt. Welche
Beweggründe immer aber den deutschen Reichs-
kanzler veranlaßt haben, seine Entlassung einzu-
reichen — Eines steht für uns fest: sie kann nicht
angenommen werden. Bismarck's Rücktritt würde Alles
in Frage stellen, was die Grundfrage des europäischen
Friedens und der hoffnungsvollen Erwartungen für
die Zukunft bildet. Es ist fürchterlich gleichgiltig für
das deutsch-österreichische Bündniß, in dem wir die
größte und bedeutungsvollste politische Erscheinung der
Gegenwart sehen, welches Ministerium die uns in
Oesterreich regiert. Aber es ist für uns, es ist für den

SLUB
Wir führen Wissen.